



---

## 20 Jahre Euro-Bargeld:

### Kein Grund zum Feiern!

---

29.12.2021

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: +49 30 227-74385, Fax: +49 30 227-70382,  
norbert.kleinwaechter@bundestag.de

**Der stellvertretende Vorsitzender und europapolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Norbert Kleinwächter, hat 20 Jahre nach Einführung des Euro-Bargeldes am 1. Januar 2002 eine kritische Bilanz gezogen:**

Schon damals begegneten die meisten Deutschen der Abschaffung ihrer geliebten stabilen D-Mark mit Argwohn und lehnten den Euro offen ab. Auch heute, 20 Jahre später, ist der Euro kein Erfolgsmodell, sein Jubiläum kein Grund zum Feiern: **Ohne die Einführung des Euro wäre Deutschland heute stabiler, wohlhabender, innovativer, attraktiver und wettbewerbsfähiger.**

Die Bilanz des Euro ist erschreckend: Er hat den Deutschen massiv **Kaufkraft geraubt, die Löhne entwertet und die Sparer enteignet**. Das führt dazu, dass sich die Menschen immer weniger leisten können und Vermögen **von Arm zu Reich umverteilt** wird. Die Geldpolitik der EZB heizt zudem die **Inflation** an. Der Euro schadet der deutschen Wirtschaft massiv und erzeugt eine Rekordabwanderung aus Deutschland:

1. Die Unterschiede zwischen schwachen und starken Regionen können normalerweise durch Auf- und Abwertungen ausgeglichen werden, was mit dem Euro nicht funktioniert. Stattdessen wurden ständige Finanztransfers eingeführt, was den zahlenden deutschen Bürgern und Unternehmen massiv schadet und Misswirtschaft in den Empfängerländern begünstigt: Wer für seine Schulden nicht haftet, wird immer mehr anhäufen. Da diese Transfers letztlich vor allem durch deutsche Steuern oder Schulden finanziert werden, werden unserer Volkswirtschaft massiv Mittel entzogen und Unternehmer wie Verbraucher finanziell belastet.
2. Sämtliche Regeln, etwa die Maastricht-Kriterien, werden ständig gebrochen. Die Voraussetzung für die Teilnahme am Euro, maximal 3% jährliche Neuverschuldung und maximal 60% Gesamtverschuldung vom BIP, wird nur noch von wenigen Ländern eingehalten. Der Durchschnitt der Staatsverschuldung der Euroländer beträgt heute 98,3%, also mehr als 50% mehr als vereinbart. So wurde der Euroraum zum Ort permanenter und systematischer Rechtsunsicherheit.
3. Transfers und Staatshilfen führen nicht zur Haushaltsdisziplin. Griechenland ist gemessen am BIP mit 207,2% verschuldet, Italien mit 156,3%. Alle Transfers der Vergangenheit wurden restlos aufgebraucht und auch die zukünftigen werden verbrannt werden.
4. Deutschland haftet mit einem Anteil von ca. 26% für alle Garantien im EFSF/ESM, Next Generation EU usw. und damit stets mit dem größten aller Beträge. Dies führt bei vorhersehbaren Ausfällen und Schuldenschnitten zu erheblichen finanziellen Belastungen für deutsche Bürger und Unternehmen.
5. Deutschlands Forderungen im Target2-System sind inzwischen auf 1.127.545.126.384,59 Euro angewachsen. Allein diese Summe entspricht mehr als einem Siebtel des gesamten Geldvermögens

---

der Deutschen (7,325 Bio. Euro). Wäre dieses Geld im Umlauf, würde dies den europäischen Binnenmarkt nachhaltiger stärken, als jedes EU-Förderprogramm.

6. Die Null- und Negativzinspolitik der EZB führt zu einer Enteignung der Sparer und zugleich zu einer Umverteilung von Arm zu Reich: Da Investitionen ohne hohe Kreditzinsen getätigt werden können, treibt die Niedrigzinspolitik die Preisspirale bei Assets und Immobilien. Davon profitieren Besitzer dieser Werte, aber der Durchschnittsbürger kann sie sich nicht mehr leisten. Zudem fördert der Niedrigzins wirtschaftlich unsinnige Projekte und bindet so Ressourcen und Humankapital. Die Jungen und die Armen zahlen die Zeche für die Pleitestaaten der Eurozone. Das ist sozial ungerecht!
7. Die Geldmenge M3 der Eurozone ist deutlich mehr gestiegen als das Bruttoinlandsprodukt, was erhebliche Inflationsrisiken auslöst:
  - seit 2002 von 5.767,4 Mrd. Euro auf 14.521,7 Mrd. Euro (+ 151,7%)
  - seit dem Beitritt des letzten Euro-Mitglieds Litauen am 1. Januar 2015 von 10.851,2 Mrd. Euro auf 14.521,7 Mrd. Euro (+ 33,8%)
  - gleichzeitig ist das BIP seit 2015 nur von 10,81 Bio. Euro auf 11,36 Bio. Euro gestiegen (+ 5,1%).

Langfristig besteht eine Eins-zu-eins-Beziehung zwischen der Kernkomponente des Geldmengenwachstums und der Inflationsentwicklung. Somit gilt die Quantitätstheorie: Trendmäßig geht eine Erhöhung des Geldmengenwachstums mit einem Anstieg der Inflationsrate im gleichen Maße einher.<sup>1</sup>

Seit 2016 hat nicht nur die Geldmenge das Gesamt-BIP überholt. Die extreme Geldmengenerhöhung schlägt sich ökonomisch erwiesen auch in einer Inflation nieder. Diese hatte sich zunächst vorrangig in Segmenten (Assets, Immobilien) gezeigt und ist durch Substitutionsmärkte wie digitalen Währungen z.T. vom Markt ferngehalten worden, doch nun kommt die Inflation auch bei Großhandelspreisen und Verbraucher an. Die EZB betreibt durch ihre Politik eine massive Entwertung der Währung.

8. Für die EU und die EZB ist die expansive Geldpolitik alternativlos. Anders als etwa für die FED in den USA, die ihrerseits lange eine expansive Geldpolitik betrieben hat, ist die Existenz der Eurozone ein politischer Imperativ: „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa“, meinte Angela Merkel einst. Und Mario Draghi beschloss, den Euro zu retten, „whatever it takes“. Diese Verbindung ist Wahnsinn, denn sie zwingt die EZB, den Euro (und damit das Wohlergehen der Volkswirtschaften Europas) einem politischen Kalkül unterzuordnen:  
Erhöht die EZB die Zinsen und/oder bremst sie das Geldmengenwachstum und/oder begrenzt sie gemeinschaftliche Haftungen, verlieren Staaten wie Griechenland, aber auch Länder wie Italien oder Frankreich ihre Kreditwürdigkeit und können ihre Haushalte nicht finanzieren: Sie wären pleite, mit unabsehbaren Folgen für den Euro und die Europäische Union. Damit wird der Euro zum Dauerfinanzinstrument für Pleitestaaten, die ihre eigene Bevölkerung auf Kosten Deutschlands und anderer Geberländer mit einem Wohlstand ausstatten, den sie nicht erwirtschaften.

---

<sup>1</sup> <https://www.bundesbank.de/resource/blob/692330/edb92f984d7bcc1ed9bc323037c22b25/mL/2005-01-geldmenge-data.pdf>

---

Zugleich wird Deutschland für viele Menschen unattraktiver: Rund 900.000 Fachkräfte verlassen jährlich unser Land, weil Deutschland finanziell ausblutet und die Menschen woanders bessere Chancen für sich sehen – ein Verlust an Humankapital, der unsere Zukunft massiv gefährdet!

All dies zeigt: **Der Euro schadet Europa und er schadet Deutschland.**

Es ist daher ökonomisch und politisch vernünftig, den Euro schnellstmöglich abzuwickeln.

Die aktuellen Debatten über die Zukunft des Stabilität- und Wachstumspaktes und über die Maastricht-Kriterien, die insbesondere von Emmanuel Macron und Mario Draghi aufgebracht werden, beweisen die Dysfunktionalität des Euro: 100% statt 60% Verschuldungsgrenze sind keine Antwort auf die Probleme der Eurozone, sondern würden diese Probleme nur verlagern und noch weiter verschlimmern.

Letztlich profitiert niemand vom Euro: die Geberländer nicht und die Schuldenstaaten auch nicht. Denn obwohl Letztere Milliardentransfers aus Deutschland erhalten, wäre für sie eine Abwertung, die sie auch global wettbewerbsfähiger macht, und eine Sanierung der Staatsfinanzen nachhaltiger als eine Abhängigkeit von Ländern wie Deutschland, dessen Potenzial weiterer Steuererhöhungen und Schuldenaufnahmen zugunsten Dritter bald erschöpft sein wird.

Die AfD bekräftigt daher ihre Gründungsforderungen nach eine Geldpolitik der Vernunft:

1. Zentralbanken müssen stets unabhängig sein und dürfen keinem politischen Kalkül folgen.
2. Eine klare Ausrichtung am Zwei-Prozent-Inflationsziel, das durch das Instrument der Geldmengensteuerung erreicht wird, wie sie die Deutsche Bundesbank stets angewandt hat, führt zur Wertstabilität. Die AfD fordert Stabilität *whatever it takes*.
3. Eine Stabilität des Euro ist inkompatibel mit der mangelnden Haushaltsdisziplin der Mehrheit der Länder in der Eurozone. Da die Mehrheit der Euroländer in einem Euro nicht wettbewerbsfähig ist, hat der Euro keine wirtschaftliche Zukunft. Eine Rückkehr zu nationalen Währungen lässt Europa nicht scheitern, wie Angela Merkel fälschlicherweise behauptete, sondern wird Europas Wirtschaft nachhaltig stärken und Wohlstand schaffen. Bei einem Verzicht auf den Euro im Jahre 2002 wären Deutschland und Europa wesentlich innovativer, attraktiver und wettbewerbsfähiger als sie es heute sind.